



# REGION

KANTON SOLOTHURN, STADT/REGION OLTEN, NIEDERAMT, THAL GÄU

## «Heute verwaltet man vor allem»

**Behinderten-Institutionen** Josef Reichmann nimmt den Kanton in die Pflicht - und die eigene Branche

VON ELISABETH SEIFERT

Im Kanton Solothurn gibt es gegen 40 Institutionen, die Menschen mit einer Behinderung eine Arbeit oder eine Tagesstruktur ermöglichen und ihnen ein Zuhause geben. Josef Reichmann ist Geschäftsleiter Finanzen der «Sonnhalde» in Gempfen, einer grossen Institution im Bereich Wohnen und Arbeit. Seit rund zwei Jahren ist der 58-Jährige zudem Präsident der Solothurner Sektion von Insos, dem nationalen Branchenverband der Institutionen für Menschen mit einer Behinderung. «Die Förderung des internen und externen Dialogs ist mir ein grosses Anliegen», sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung. «Wie viel darf ein behindertes Leben kosten?», lautete der Titel einer ersten öffentlichen Veranstaltung, die er kürzlich in Solothurn organisiert hat - weitere sollen folgen.

### Sie wollen mit den Anliegen der Institutionen für Menschen mit Behinderung verstärkt an die Öffentlichkeit gelangen. Weshalb?

**Josef Reichmann:** Wir stellen fest, dass die Institutionen für Menschen mit Behinderung immer stärker unter den Kostenfokus geraten. Bei der Aufsicht der Institutionen durch die Verwaltung spielt die Rechtfertigung der Kosten, deren Transparenz und Offenlegung eine zentrale Rolle. Auch vom Kantonsrat werden die Institutionen in erster Linie am Kostenfaktor wahrgenommen. Uns ist es ein Anliegen, dass das Bewusstsein über die Vielfältigkeit der Aufgaben gefördert und die Branche, mit ihrem Verband Insos Solothurn stärker wahrgenommen wird.

### Es geht ja schliesslich auch um öffentliche Gelder ...

Die Fragen rund um die Finanzierung des Behindertenbereichs sind sehr wichtig. Vonseiten der Institutionen wollen wie uns diesen Fragen auch keinesfalls entziehen. Schliesslich ist viel Geld im Spiel. Und der Kanton hat den Auftrag zu prüfen, ob die öffentlichen Gelder richtig eingesetzt werden. Wir finden aber, dass dies nicht der einzige Gesichtspunkt sein soll. Im Moment ist man allzu stark damit beschäftigt, Instrumente und Steuerungskriterien zu definieren, um den ganzen Behindertenbereich finanziell im Rahmen zu halten. Man verwaltet vor allem. Lässt man dadurch aber eine Entwicklung zu? Oder zementiert man damit nicht vielmehr die Verhältnisse, die wir heute haben?

### Was fordern Sie konkret?

Wir müssen uns stärker mit der inhaltlichen Ausrichtung der Institutionen auseinandersetzen. Dabei geht es insbesondere um die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der UNO, die auch von der Schweiz unterzeichnet worden ist. Ich unterstelle dem Kanton, dass er sich noch nicht allzu viele Gedanken darüber gemacht hat, was dies für die Arbeit der Institutionen bedeutet. Nicht nur in Solothurn, sondern in der Schweiz ganz allgemein hat man sich noch viel zu wenig mit diesem Thema beschäftigt.

### Was bedeutet die Behindertenrechtskonvention für die Institutionen?

Die Behindertenrechtskonvention fordert, dass Menschen mit einer Behinderung wie alle anderen auch ein Recht darauf haben, ihre Wohnung, ihre Ausbildung und ihre Arbeit selbst bestimmen zu können. Es geht um Gleichstellung und Teilhabe an der Gesellschaft.



Josef Reichmann ist Präsident der Solothurner Sektion von Insos, dem nationalen Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung.

HANSPETER BÄRTSCHI

Für die Umsetzung dieser Anliegen brauchen wir politische Leitlinien und Vorgaben. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang natürlich auch immer wieder die Frage stellen, welche Mittel wir dafür einsetzen können und welche Standards wir brauchen. Als Präsident der Solothurner Sektion von Insos habe ich eine bestimmte Vision: In 10 bis 20 Jahren sollten wir gar nicht mehr von Institutionen reden, wie wir sie heute kennen.

### Das fordern ausgerechnet Sie als Vertreter der Institutionen?

Ich will damit nicht sagen, dass es überhaupt keine Institutionen für Menschen mit Behinderung mehr braucht. Es wird immer Einrichtungen brauchen, die differenziert den Bedarf abklären und adäquate Angebote bereitstellen. Und es braucht auch immer Organisationen, die sich darum bemühen, dass in den Bereichen Wohnen, Ausbildung und Arbeit Angebote in einer entsprechenden Qualität vorhanden sind.

### Heute haben wir vor allem Wohnheime und geschützte Werkstätten - ein zu starres System?

Es braucht vielfältigere und durchlässigere Angebote. Neben den geschützten Werkstätten zum Beispiel könnte man sich überlegen, ob nicht auch die Gründung und Entwicklung von Sozialfirmen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden sollen. Zudem geht es um die Frage, wieweit wir vom ersten Arbeitsmarkt und auch vom öffentlichen Dienstleistungssektor verlangen können, dass sie entsprechende Arbeitsplätze einrichten. Nötig wären dabei flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit für tageweise Einsätze. Zudem sind Menschen mit Behinderung auf Unterstützung angewiesen, damit sie ihre Arbeit tatsächlich bewältigen können. Wichtig scheint mir vor allem, dass die Wirtschaft offen ist für kreative Lösungen.

### Kann sich die Wirtschaft das überhaupt leisten?

Es darf vielleicht die Logik der Gewinnmaximierung nicht ganz so stark im Zentrum stehen. Auch die Wirtschaft sollte ihren Teil zum Gemeinwohl beitragen. Gefordert ist zudem der Kanton. Er sollte bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung eine gewisse Vorbildfunktio-

on übernehmen. Man darf die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht einfach nur den Institutionen überlassen.

### Wie schätzen Sie die Wahlfreiheit im Wohnbereich ein?

In den letzten Jahren haben sich hier bereits recht viele Alternativen entwickelt. Es gibt heute etwa das Recht für Paare, in einer gemeinsamen Wohnung zu leben. Es wurden auch Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung gegründet. Weiter gibt es etwa die Form des begleiteten Wohnens oder des Wohnens mit Assistenzen. Auch die klassischen Wohnheime haben weiterhin ihre Berechtigung, weil sie für einen ganz bestimmten Kreis von Menschen genau das richtige Angebot darstellen. Obwohl es bereits eine Reihe von Möglichkeiten gibt, braucht es sicher noch zusätzliche Anstrengungen. Wir sind hier auch mit dem Kanton konkret im Gespräch: Es fehlen heute noch genügend flexible Rahmenbedingungen, welche die Gestaltung eines differenzierten Angebots erlauben, mit stationären, teilstationären und selbstständigen Wohnformen.

### Wie müssten sich die Rahmenbedingungen verändern?

Weil es um einen Bereich geht, in dem sehr viel Geld im Spiel ist, werden die Zuständigkeiten hin- und hergeschoben. Es braucht aus meiner Sicht deshalb eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Partnern: dem Kanton, den Gemeinden und dem Bund. Auch müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden.

### Wie gross erachten Sie die Bereitschaft der Gesellschaft, Menschen mit Behinderung zu integrieren?

Es ist oft gar nicht einfach, in einem Wohnblock eine Wohnung für Menschen mit Behinderung zu mieten. Es gibt Institutionen, die das versucht haben und nach kurzer Zeit die Übung wieder abbrechen mussten, weil es Beschwerden gegeben hat von Nachbarn. Es ist eben eine Herausforderung, mit gewissen Eigenarten umzugehen. Die Gesellschaft ist oft noch nicht so weit, in eine Beziehung zu treten mit Menschen, die eine Behinderung haben.

### Verhindern manchmal nicht auch die Institutionen selber die Integration?

Das möchte ich durchaus nicht abstreiten. Wir Fachleute stehen uns manchmal selbst im Weg. Es gibt Institutionsvertreter, die mit Integrationsmassnahmen eher zurückhaltend sind, weil sie die Betroffenen vor einer möglichen Vereinsamung schützen wollen. Die Schwierigkeit besteht darin, jemanden nicht zu überfordern, gleichzeitig aber doch so zu fordern, damit er sein Potenzial entwickeln kann. Meine Forderung nach mehr Durchlässigkeit, Flexibilität und Koordination richtet sich nicht nur nach aussen, sondern auch nach innen. Wir Fachleute müssen uns und unsere Vorstellungen ständig hinterfragen.

### Welche Bemühungen sehen Sie bei Wohnheimen, Menschen mit Behinderung zu mehr Selbstständigkeit zu verhelfen?

Es gibt mehrere Wohnheime, die in den nächsten Jahren stationäre Plätze auflösen und stattdessen teilstationären oder ambulanten Angebot schaffen. Aufgrund fehlender Rahmenbedingungen stossen sie allerdings an Grenzen. Wer aber wirklich will, findet eine Lösung. Gerade grössere Institutionen verfügen über einen höheren Spielraum. Nötig sind dafür allerdings gewisse Quersubventionierungen. Das ist natürlich nicht im Sinn des Erfinders.

### Was erwarten Sie vom Kanton?

Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen zwischen den Institutionen und dem Kanton sollte nicht nur die finanzielle Rechtfertigung ein Thema sein. Meines Erachtens wäre es sehr sinnvoll, wenn der Kanton mit den Institutionen im Sinn der Behindertenrechtskonvention auch inhaltliche Ziele vereinbaren würde. Ziele also im Hinblick auf eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft. Der Kanton könnte zum Beispiel sagen, dass er künftig keine grossen Neubauten für Wohnheime mehr finanziert.

### Damit fordern Sie den Institutionen aber einiges ab?

Es wird sich dann zeigen, ob wir vonseiten der Institutionen, den Wohnheimen und Werkstätten, für die berechtigten Forderungen der Behindertenrechtskonvention bereit sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir das bewältigen können.